

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Harald Leibrecht, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/3062 –**

### **Eskalation der Gewalt und Verschlechterung der humanitären Lage in Sri Lanka**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

In Sri Lanka kommt es seit mehreren Monaten wiederholt zu Gewaltausbrüchen. Das Ceasefire Agreement (CFA) zwischen der sri-lankischen Regierung und den LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam) vom Februar 2002 ist in den letzten Jahren bereits mehrfach verletzt worden. Die zahlreichen Verstöße sind zunächst von der SLMM (Sri Lanka Monitoring Mission, bestehend aus Vertretern der fünf nordischen Länder Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden; ausgestattet mit einem Mandat nach Artikel 3 des CFA) protokolliert worden. Die SLMM hat mit ihren bisher knapp 60 Mitarbeitern einen neutralen Status eingenommen. In den letzten Monaten ist die Anzahl der Verstöße gegen den Waffenstillstand erheblich angestiegen und die SLMM kann diese kaum noch protokollieren. Sie ist derzeit nicht in der Lage, schlichtend auf die Konfliktparteien einzuwirken, und Sanktionen sind in ihrem Instrumentarium nicht enthalten. Seit Beginn der schweren gewalttätigen Auseinandersetzungen im Juli sind mehr als 1 600 Zivilisten ums Leben gekommen. Zuletzt kam es zu Seegefechten zwischen der sri-lankischen Armee und den LTTE. Ein neu eingeleiteter Friedensprozess unter Vorsitz Norwegens, der USA, der EU und Japans (Co-Chairs) hat wegen fehlender Sanktionsmechanismen eine finanzielle Anreizstruktur kreiert, die allerdings aufgrund der Gegebenheiten in Sri Lanka bisher nicht erfolgreich gewesen ist. Ziel der internationalen Ländergruppe ist eine gewaltfreie Lösung des Konflikts unter Wahrung der territorialen Einheit Sri Lankas. Hierfür wurden 4,5 Mrd. US-Dollar bei Erfüllung bestimmter Bedingungen in Aussicht gestellt. Die geforderten Bedingungen stellten in erster Linie auf die Akzeptanz eines demokratischen Systems ab und darauf, dass der politische Wille zur gewaltfreien Konfliktlösung erkennbar sein müsse. Doch leider sind diese Anforderungen bei den beiden Konfliktparteien nicht gegeben. Es kam in Trincomalee und anschließend in Jaffna zu Gewaltausbrüchen. Am 22. Juli 2006 wurden Schleusentore in der von den LTTE kontrollierten Gegend Mavilanu geschlossen, was zur Verschlechterung der humanitären Lage in Mavilanu beigetragen hat.

Im Nordosten Sri Lankas wurden Anfang August die Leichen von tamilischen Mitarbeitern der französischen Hilfsorganisation „Aktion gegen Hunger“ entdeckt. Insgesamt waren dort 17 Mitarbeiter der Organisation erschossen aufge-

funden worden. Die Regierung Sri Lankas leitete eine Untersuchung wegen des Mordes an den 17 Helfern ein. Die Verantwortlichen würden „unabhängig von ihrer Stellung“ bestraft. Die sog. Befreiungstiger der LTTE beschuldigen die Armee des Mordes an den vornehmlich tamilischen Helfern, was auch von Seiten der SLMM angenommen wird. Das Verteidigungsministerium hat dies zurückgewiesen. Die Morde an den Helfern sind beispiellos in der Geschichte des Konflikts in Sri Lanka und wurden bereits international verurteilt. Die Angriffe auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und der Rückzug der SLMM aus Sri Lanka werden voraussichtlich fatale Auswirkungen auf die humanitäre Situation in Sri Lanka haben.

Am 1. September 2006 mussten alle aus EU-Ländern stammenden SLMM-Beobachter Sri Lanka verlassen, weil die LTTE im Mai dieses Jahres von der EU als terroristische Organisation eingestuft worden ist. Die augenblickliche Situation in Sri Lanka wird von Beobachtern als kriegsähnlich beschrieben. Die 20 verbleibenden SLMM-Mitglieder aus Norwegen und Island werden auf sich allein gestellt weiterhin kaum Erfolg beim Versuch der Befriedung des Konfliktes haben können. Die internationale Gemeinschaft muss unterstützend tätig werden und den Druck auf die Konfliktparteien erhöhen, damit die eskalierende Gewalt gestoppt und eine weitere Verschlechterung der humanitären Lage in Sri Lanka verhindert wird. Wegen der immer gefährlicher werdenden Arbeitsbedingungen der SLMM muss zunächst die Ausrüstung der Mitarbeiter vor Ort erneuert und verbessert werden. Die internationale Gemeinschaft muss in Zukunft geschlossen auftreten und ihr Vorgehen eng miteinander abstimmen, um die Konfliktparteien wieder an einen Tisch zu bringen und die Einhaltung des Waffenstillstandes zu erwirken. Die Verstärkung des internationalen Engagements ist unabdingbar, um die Folgen der kriegerischen Auseinandersetzungen für die Zivilbevölkerung gering zu halten.

Auch wenn die LTTE seit Mai von der EU als terroristische Gruppe eingestuft wird, wird von der SLMM immer wieder betont, dass ohne die Einbeziehung der den Großteil des Nordens von Sri Lanka kontrollierenden LTTE ein Frieden nicht möglich sein werde.

Zuletzt sorgten widersprüchliche Angaben bezüglich wieder möglicher Friedensverhandlungen zwischen der LTTE und der Regierung für Verwirrung. Entgegen eines Schreibens der Botschaft Sri Lankas in Deutschland vom 8. September 2006, dass Präsident Rajapaksa seine Einladung zu Verhandlungen mit der LTTE erneuert habe, hat die Regierung in Colombo laut Berichten vom 13. September 2006 dementiert, zu Friedensgesprächen mit der LTTE bereit zu sein. Ein Vorwurf an die Regierung ist, dass ihr Angebot zu Gesprächen an die LTTE nicht ernst gemeint war, und sie von dem plötzlichen Einverständnis der LTTE überrascht war.

Am 10. Oktober kam es im Norden Sri Lankas auf der Halbinsel Jaffna zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen tamilischen Rebellen und sri-lankischen Soldaten, bei denen mindestens 22 Soldaten und eine größere Anzahl tamilischer Rebellen nach Regierungsangaben umgekommen sind. Der norwegische Botschafter Hans Brattskar hatte am gleichen Tag bestätigt, dass beide Seiten für Gespräche Ende Oktober in der Schweiz bereit seien. Die LTTE hat sich allerdings offen gehalten, ihre Entscheidung zurückzunehmen, sollte sich ihre Situation nicht verbessern.

1. Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung aufgrund des Verlaufs der Auseinandersetzungen in Sri Lanka und der Zuspitzung der humanitären Krise zu ergreifen?

Die Bundesregierung unterstützt gemeinsam mit den EU-Partnern die Arbeit der SLMM und der norwegischen Vermittler. Deutschland ist zurzeit für Finnland lokale EU-Präsidentschaft in Colombo und koordiniert vor Ort die EU-Abstimmung der Bemühungen zur Beendigung der Krise. Seit dem Wiederaufflammen des Bürgerkrieges haben die EU und die anderen Tokyo Co-Chairs immer wieder gegenüber der sri-lankischen Regierung zur Beendigung der Gewalt und Rück-

kehr an den Verhandlungstisch aufgerufen sowie die Aufklärung der Gewalttaten gegen Zivilisten und die Einhaltung der Menschenrechte gefordert (EU-Erklärung vom 8. August 2006, Tokyo Co-Chairs-Erklärung vom 12. August 2006, EU-Demarche am 15. August 2006 gegenüber dem sri-lankischen Außenminister, Mangala Samaraweera, und am 21. August 2006 gegenüber dem sri-lankischen Präsidenten, Mahinda Rajapakse, Erklärung anlässlich des Tokyo Co-Chairs-Treffens am 12. September 2006 in Brüssel, Einbringung eines Resolutionsentwurfes zur Lage in Sri Lanka anlässlich der 2. Sitzung des Menschenrechtsrates (18. September 2006, 6. Oktober 2006)).

In einer Präsidenschaftserklärung zu Sri Lanka vom 14. Oktober 2006 fordert die EU von den Konfliktparteien, bei den für 28. und 29. Oktober 2006 in Genf anberaumten Friedensgesprächen zielstrebig auf eine Lösung des Konfliktes hinarbeiten. Am 25. bzw. 26. Oktober 2006 wurden die Botschafter Sri Lankas in den EU-Hauptstädten (am 26. Oktober 2006 in Berlin) zur Entgegennahme einer entsprechenden Demarche einbestellt. Eine gleich lautende Demarche wurde am 24. Oktober 2006 in Colombo durch den deutschen Botschafter (als Vertreter der lokalen Präsidenschaft) gegenüber der zu den Genfer Gesprächen ausreisenden LTTE-Delegation ausgeführt. Nachdem die Genfer Friedensgespräche ohne Fortschritte endeten, wird sich die Bundesregierung – gemeinsam mit den EU-Partnern und den Mitgliedern der Tokyo Co-Chairs – weiter mit Nachdruck für eine politische Lösung des Konflikts einsetzen.

Im Bereich der Entwicklungspolitik hat die Bundesregierung Mitte Oktober 2006 beschlossen, wegen der Verschlechterung der Sicherheitslage und der zunehmenden Verletzungen des Waffenstillstands 2006 gegenüber der Regierung keine neuen Zusagen für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Sri Lanka auszusprechen.

2. Gibt es angesichts der Hilflosigkeit der SLMM Überlegungen für eine unterstützende internationale Initiative, wie z. B. eine United Nations Monitoring Mission, in deren Planung die Bundesregierung involviert ist?

Die Bundesregierung unterstützt gemeinsam mit den EU-Partnern die wichtige Arbeit der norwegischen Vermittler und der SLMM. Sie erwartet von der sri-lankischen Regierung und der LTTE, dass den Vermittlern eine sichere Ausübung ihres Mandates ermöglicht wird. Die Bundesregierung erwartet von der sri-lankischen Regierung die uneingeschränkte Unterstützung der Arbeit der Hohen Kommissarin für Menschenrechte (UNHCR) in Sri Lanka, einschließlich der notwendigen personellen Ausstattung ihres Büros in Colombo.

3. Wenn ja, wie soll diese Initiative aussehen?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

4. Pfl egt die Bundesregierung momentan Beziehungen zu der UNP (United National Party) und der SLFP (Sri Lanka Freedom Party), die die Co-Chairs mit in die Friedensgespräche einbeziehen wollen, und wie intensiv sind diese?

Die Bundesregierung pflegt Beziehungen sowohl mit der SLFP als auch zur UNP. Sie begrüßt in diesem Zusammenhang die am 23. Oktober 2006 vereinbarte Zusammenarbeit beider Parteien als Beitrag auf dem Weg zur Erreichung eines Verhandlungsfriedens.

5. Welche Beziehungen pflegt die Bundesregierung momentan zur sri-lankischen Regierung, und wie intensiv sehen diese angesichts der dramatischen Situation in Sri Lanka aus?

Die Bundesregierung setzt sich in einem intensiven Dialog mit der Regierung von Sri Lanka nachdrücklich für eine Rückkehr zum Waffenstillstand, ein Ende der Menschenrechtsverletzungen, die Bestrafung der Verantwortlichen sowie die unverzügliche Einleitung von Gesprächen über eine dauerhafte politische Lösung des Konfliktes ein.

6. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den mehr als widersprüchlichen Meldungen zu den Verursachern der neuerlichen Gewaltausbrüche?

Die Bundesregierung verfolgt die von beiden Seiten begangenen Verletzungen des Waffenstillstands mit großer Sorge und hat die Regierung von Sri Lanka und die LTTE immer wieder aufgefordert, die Verletzungen des Waffenstillstands einzustellen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

- a) Wie schätzt die Bundesregierung die Rolle der LTTE ein, die seit Mai 2006 von der EU als terroristische Organisation eingestuft wird?

Die EU hat die LTTE am 29. Mai 2006 auf die Liste terroristischer Organisationen gesetzt. Gemeinsam mit unseren EU-Partnern fordern wir von der LTTE ein Ende der Menschenrechtsverletzungen und eine Mitarbeit bei der Lösung der politischen Krise.

- b) Hat die Bundesregierung Gesprächspartner bei der LTTE?

Die Bundesregierung hat Gesprächspartner bei der LTTE, die dem politischen Flügel der Organisation zuzurechnen sind. Am 24. Oktober 2006 wurde vom deutschen Botschafter in Colombo die in der Antwort zu Frage 1 genannte EU-Demarche gegenüber der LTTE-Verhandlungsdelegation unter Leitung des Führers ihres politischen Flügels ausgeführt.

- c) Befürwortet die Bundesregierung eine Einbeziehung der LTTE bei der Konfliktlösung?

Nach Ansicht der Bundesregierung sollten mit allen Parteien Gespräche geführt werden, auf die es im Hinblick auf die Beendigung des Konfliktes ankommt. Dies trifft nach Ansicht der Bundesregierung derzeit auf die LTTE zu. Die Bundesregierung begrüßt insofern die Fortsetzung der Genfer Friedensgespräche (28./29. Oktober 2006) zwischen der Regierung von Sri Lanka und der LTTE unter norwegischer Vermittlung.

- d) Hat die Bundesregierung die Vorwürfe geprüft, nach denen die sri-lankische Regierung an der Ermordung von 17 Mitarbeitern der französischen Hilfsorganisation Aktion gegen Hunger beteiligt gewesen sei?

Die Bundesregierung nimmt die Vorwürfe, denen zufolge sri-lankische Sicherheitskräfte für die Ermordung von 17 Mitarbeitern der französischen Nichtregierungsorganisation „Action contre la faim“ verantwortlich sein sollen, sehr ernst und hat die sri-lankische Regierung dringend um eine vollständige Aufklärung gebeten. Die Bundesregierung hat dabei ihre feste Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass die Schuldigen an dem Massaker zur Rechenschaft gezogen werden.

Auf Druck der internationalen Gemeinschaft hat der sri-lankische Präsident Mahinda Rajapakse die Einrichtung einer Kommission zur Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen angekündigt. Dieser Kommission soll auch eine international besetzte Gruppe von „eminent personalities“ angehören. Die EU hat auf der zweiten Sitzung des Menschenrechtsrats (18. September bis 6. Oktober 2006) einen eigenen Resolutionsentwurf zur Menschenrechtsslage in Sri Lanka eingebracht und insbesondere die zügige Aufklärung der Morde an den 17 Helfern gefordert. Die Bundesregierung erwartet, dass die von der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte geforderten Kriterien für eine unabhängige und unparteiische Untersuchung der Vorfälle für die Arbeit der Kommission erfüllt werden.

- e) Verfolgt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die von der sri-lankischen Regierung eingeleitete Untersuchung?

Es wird auf die Antwort zu Frage 6d verwiesen.

- f) Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung der SLMM, dass die sri-lankische Regierung für die Morde an den Mitarbeitern der Hilfsorganisation Aktion gegen Hunger verantwortlich sei?

Es wird auf die Antwort zu Frage 6d verwiesen.

- g) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung, wenn sie zu dem Schluss kommt, dass die SLMM mit ihrer Einschätzung richtig liegt?

Die Bundesregierung erwartet, dass der Vorfall lückenlos aufgeklärt wird und die Täter für die von ihnen begangenen Taten zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden.





